

Resolution

til/zum:

Dagsordenspunkt/TOP 6: Resolutionen

Busdorf, 05.04.2025

Erwartungen des SSW an die neue Bundesregierung:

Für ein demokratisches, modernes und zukunftsgerichtetes Land!

Die Delegierten des SSW-Landesparteitages erwarten, dass eine neue Bundesregierung insbesondere folgende Forderungen umsetzt:

1. Minderheitenrechte gerade jetzt stärken

In Zeiten, in denen Intoleranz, Rassismus und Hass gegenüber Menschen mit anderer Sprache, Kultur oder Hautfarbe leider wieder stark zunehmen, ist es wichtiger denn je, die Rechte nationaler Minderheiten in Deutschland zu schützen und zu stärken.

Eine lebendige Demokratie zeigt sich auch daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Die Stärkung der Minderheitenrechte wäre ein deutliches Zeichen für Toleranz, Respekt und Anerkennung.

Wir fordern unter anderem:

- Die Aufnahme des Schutzes und der Förderung nationaler Minderheiten ins Grundgesetz.
- Eine institutionelle Förderung von Minderheitenorganisationen – insbesondere für die friesische Volksgruppe.
- Eine stärkere Berücksichtigung der Minderheitensprachen in den Medien und bei Bundesbehörden.



- Die Anerkennung des Dänischen und Friesischen als Gerichtssprachen in ihren jeweiligen Siedlungsgebieten – analog zur Regelung für das Sorbische.
- Die Berücksichtigung von Minderheitensprachen bei der anstehenden Novellierung des Onlinezugangsgesetzes.
- Eine weiterhin umfassende finanzielle und strukturelle Ausstattung des Amtes der Beauftragten bzw. des Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland – damit dieses seine Aufgaben wirksam erfüllen kann.
- Ein gemeinsames Eintreten Deutschlands und Dänemarks für die Werte von Verständnis und einem tiefen Sinn für Miteinander – im Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 – sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den Institutionen der EU. Denn: Minderheitenkonflikte lassen sich nicht mit Druck oder Gewalt lösen.

2. Zukunftsinvestitionen für Schleswig-Holstein und für die Kommunen

Der Investitionsstau in Deutschland ist gewaltig. Deshalb begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung in den kommenden zehn Jahren fast eine Billion Euro in Straßen, Schienen, Schulen, Kitas, Energienetze, Klimaschutz, Verteidigung und viele weitere Bereiche investieren will.

Entscheidend ist dabei, dass auch Schleswig-Holstein und seine Kommunen ihren fairen Anteil an diesen Investitionen erhalten – denn auch hier hat der Investitionsrückstand längst ein bedenkliches Ausmaß erreicht. Schleswig-Holstein darf in Berlin nicht länger übergangen werden.

Ein neues Nord-Süd-Gefälle bei der Verteilung öffentlicher Mittel darf es nicht geben!

Wir fordern unter anderem:

- Die Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur – auch im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins.
- Eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Küstenschutz, insbesondere auch an der schleswig-holsteinischen Ostküste, sowie für Natur- und Umweltschutzmaßnahmen.
- Mehr finanzielle Mittel für die Kommunen in Schleswig-Holstein, um dringend notwendige Investitionen in Schulen, Kitas, Feuerwehren, Sportinfrastruktur, kulturelle Angebote und soziale Einrichtungen zu ermöglichen

3. Die Menschen finanziell entlasten:

Das Leben muss bezahlbar bleiben. Deshalb setzen wir uns für konkrete Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger ein – damit Deutschland nach Jahren der Inflation wieder auf einen stabilen Kurs kommt.

Wir fordern unter anderem:

- Eine spürbare Senkung der Stromsteuer sowie faire Netzentgelte, die Strom aus erneuerbaren Energien – insbesondere aus dem Norden – nicht künstlich verteuern.
- Eine Ausbildungsförderung, die unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährt wird.

- Die sofortige Einführung eines Mindestlohns von 15 Euro – mit automatischer Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung.
- Kostenfreien Zugang zu Sport- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche – als wirksamer Beitrag für soziale Teilhabe.

4. Eine soziale Klimapolitik nach nordischem Vorbild

Wir wollen eine soziale Energiewende und einen Klimaschutz, den sich alle leisten können.

Es kann nicht sein, dass wir CO₂-Einsparungen fordern, gleichzeitig aber Millionen Menschen ohne Unterstützung lassen. Klimaschutz darf nicht zur sozialen Frage werden – er muss gerecht gestaltet sein.

Wir fordern unter anderem:

- Die zügige Einführung des versprochenen Klimageldes – als Ausgleich und soziale Komponente zur CO₂-Bepreisung.
- „Fördern statt fordern“: Gut ausgestattete Programme für erneuerbare Energien und energetische Sanierungen, um den Norden klimafit zu machen und die Energiewende sozial gerecht zu gestalten.
- Die Einführung einer solidarischen Elementarschadensversicherung, die auch Sturmfluten und andere klimabedingte Schäden abdeckt.
- Ein klares Nein zur Speicherung von Kohlendioxid – weder an Land noch im Meeresboden unter der Nordsee.
- Eine starke finanzielle Beteiligung des Bundes am Küsten- und Hochwasserschutz im Norden.

5. Wir brauchen keine Rechten - wir brauchen gleiche Rechte

Der Vormarsch der neuen Rechten in Europa und weltweit macht auch vor unserem Land nicht halt.

Alle demokratischen Parteien sind gefordert, gemeinsam entschlossen dagegenzuhalten. Der Rechtsstaat und seine Institutionen müssen geschützt, gestärkt und verteidigt werden.

Wir fordern unter anderem:

- Rassismus und Extremismus konsequent bekämpfen – durch starke politische Bildung, eine handlungsfähige Justiz und einen besseren Schutz von Polizei und Sicherheitskräften.
- Den Arbeitskräftemangel gezielt angehen – unter anderem durch eine schnellere und unbürokratischere Arbeitsaufnahme für Zugewanderte.
- Jugendliche stärker in politische Prozesse einbinden – etwa durch die Gründung eines Bundesjugendrats.

6. Gegenfinanzierung: Höhere Steuern für diejenigen, die es sich leisten können

Wir stehen für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat – nach skandinavischem Vorbild. Starke Schultern können größere Lasten tragen, und die stärksten Schultern müssen mehr beitragen als bisher.

Leistungsstarke Gruppen dürfen sich nicht länger der gemeinsamen Verantwortung entziehen. Es ist Aufgabe des Staates, gerade jene nicht zu vergessen, die keine starke Lobby haben und auf Unterstützung angewiesen sind.

Wir fordern unter anderem:

- Die Einführung einer Vermögens- und einer wirksamen Erbschaftssteuer, um neue finanzielle Spielräume für Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur zu schaffen.
- Eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen – für mehr Steuergerechtigkeit.
- Die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in die Sozialversicherungssysteme – für ein solidarisches und zukunftsfestes Modell.

7. Die demokratischen Staaten Europas müssen enger zusammenrücken

Wir stehen an der Schwelle einer neuen Weltordnung. Internationale Verträge und langjährige Bündnisse verlieren an Verbindlichkeit, das Recht des Stärkeren rückt wieder in den Vordergrund. Autokratische und diktatorische Staaten gewinnen zunehmend an Einfluss, während Demokratien unter Druck geraten. Nur durch eine enge und verlässliche Zusammenarbeit in Handel, Kultur und Verteidigung können die demokratischen Staaten Europas ihre Werte, ihre Rechtsstaatlichkeit und ihre Freiheit bewahren. Gerade für nationale Minderheiten in Europa sind Selbstbestimmung, unabhängige Gerichte, Rechtsstaatlichkeit und freie Medien die Grundlage dafür, ihre Sprache und Kultur zu schützen und zu leben.

Wir fordern unter anderem:

- Ein stärkeres Engagement für die Europäische Union und ihre Institutionen sowie für alle demokratischen Staaten Europas. Die Grundwerte der EU – Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität, Nichtdiskriminierung und Gleichheit – müssen innerhalb wie außerhalb der Union geschützt, gefördert und verteidigt werden. Verstöße gegen diese Prinzipien durch Mitgliedstaaten dürfen nicht folgenlos bleiben.
- Eine vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit der europäischen Staaten mit dem Ziel einer glaubwürdigen, gemeinsamen Landesverteidigung. Besonderes Augenmerk muss dabei auf die Kooperation der Ostseeanrainerstaaten gelegt werden – auch vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Lage und der Nähe zu Russland.
- Solidarität und aktive Unterstützung für Grönland und Dänemark beim Schutz des Selbstbestimmungsrechts.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Der SSW-Landesvorstand,
Flensburg, den 31.03.2025**